

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/012(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 05.03.2021	Ratssaal	15:00Uhr	16:05Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29. 01. 2021 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
- 5.1 Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil  
Fraktion GRÜNE/future! A0105/20
- 5.2 Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil  
BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit S0016/21

6 Informationen

6.1 Elektronische Abstimmungen  
BE: Oberbürgermeister

I0022/21

6.2 Änderung der Geschäftsordnung - A0268/21 - Teil:  
Videokonferenzen  
BE: Oberbürgermeister

I0031/21

7 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Falko Grube

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Olaf Meister

Oliver Müller

Jens Rösler

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Roland Zander

**Geschäftsführung**

Andrea Behne

**Verwaltung**

Dr. Anne Ignatuschtschenko

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 29. 01. 2021 - öffentlicher Teil

---

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 29. 01. 2021 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 1 Enthaltung genehmigt.

### 4. Einwohnerfragestunde

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger\*innen anwesend.

### 5. Anträge

---

#### 5.1. Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil Vorlage: A0105/20

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger teil.

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Antrag im Ausschuss WTR vertagt wurde und hinterfragt, ob auch im Verwaltungsausschuss eine Vertagung erfolgen soll.

Ergänzend begründet die Beigeordnete Frau Stieger die Vertagung und führt aus, dass zur Beratung im Ausschuss WTR kurzfristig ein Änderungsantrag vorgelegt wurde. Nach intensiver Diskussion sahen sich die Mitglieder des Ausschusses nicht in der Lage ein Votum abzugeben, ohne sich vorher in ihren Fraktionen dazu zu beraten.

Auf nochmalige Nachfrage des Oberbürgermeisters hinsichtlich einer Vertagung gibt es keinen Widerspruch der Mitglieder des Verwaltungsausschusses.

Der Antrag A0105/21 der Fraktion GRÜNE/future! wird vertagt.

- 5.2. Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ -  
zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil  
Vorlage: S0016/21
- 

vertagt

## 6. Informationen

---

- 6.1. Elektronische Abstimmungen  
Vorlage: I0022/21
- 

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin Team 3 im BOB Frau Dr. Ignatuschtschenko teil.

Frau Dr. Ignatuschtschenko bringt die Information ein und führt aus, dass sich die Verwaltung bereits seit Längerem mit dieser Thematik beschäftigt. Seit der Änderung des § 56 Abs. 2 Satz 2 KVG LSA liegt nunmehr auch eine rechtliche Grundlage vor. Die Verwaltung gibt die Empfehlung, hier eine entsprechende Beschlussfassung durch den Stadtrat vorzunehmen. Insbesondere merkt sie an, dass auch Erfahrungswerte mit elektronischen Abstimmungen der Städte Leipzig und Dresden sowie des Landkreises Börde abgefragt wurden. Als kleineres Problem stellt sich noch die Beteiligung der Bevölkerung dar, da der Blickwinkel von der Empore ein wenig schwierig sei. Dies können jedoch durch die Installation eines Monitors behoben werden.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, gibt den Hinweis auf einen entsprechenden Antrag A0042/21 seiner Fraktion zum Stadtrat am 18. 03. 2021, elektronische Abstimmungen bis zum Ende des dritten Quartals 2021 zu ermöglichen. Von seiner Fraktion werde ein solches Abstimmungssystem als sinnvoll angesehen.

Ergänzend macht Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, darauf aufmerksam, dass mit diesem System ein Anzweifeln eines Abstimmungsergebnisses sowie die Wiederholung der Abstimmung dann nicht mehr möglich sein wird.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht auf den im Stadtrat am 25. 01. 2021 beschlossenen Änderungsantrag A0249/20/1 seiner Fraktion aufmerksam, nach dem eine Variantenvorstellung sowohl im Verwaltungsausschuss als auch im Finanz- und Grundstücksausschuss erfolgen soll.

Klarstellend verweist Frau Dr. Ignatuschtschenko darauf, dass es aber keine Varianten gibt. Deshalb werde auch keine Erforderlichkeit gesehen, diese in den Ausschüssen vorzustellen.

Der Oberbürgermeister unterbreitet den Vorschlag, den Antrag der CDU-Ratsfraktion gleich heute im Verwaltungsausschuss abzustimmen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf das in der Anlage dargestellte namentliche Abstimmungsbeispiel und wirft die Frage auf, ob hierzu eine Änderung der Geschäftsordnung erforderlich ist. Im Weiteren spricht er sich für die Anschaffung des Abstimmungssystems aus.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass keine Speicherung der Namen erfolgt. Ergänzend merkt Frau Dr. Ignatuschtschenko an, dass die Thematik der namentlichen elektronischen Abstimmungen bereits in der Beschlussfassung zur DS0040/21 im Stadtrat am 18. 02. 2021 hinsichtlich der Änderung der Geschäftsordnung zur Durchführung von Videokonferenzen enthalten ist.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Anschaffung des Abstimmungssystems gibt es keine gegenteiligen Auffassungen. Zum Vorschlag des Oberbürgermeisters, in der CDU-Ratsfraktion zu überlegen, den Antrag A0042/21 zum Stadtrat zurückzuziehen äußert Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, dies in seiner Fraktion besprechen zu wollen.

Die Information wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt:

Beschluss-Nr. VW 034-12(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung der I0022/21 elektronische Abstimmungen gem. § 56 Abs. 2, Satz 2 KVG LSA im Ratssaal „Otto-von-Guericke“ zu ermöglichen.

6.2. Änderung der Geschäftsordnung - A0268/21 - Teil:  
Videokonferenzen  
Vorlage: I0031/21

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin Team 3 im BOB Frau Dr. Ignatuschtschenko teil.

In ihren erläuternden Ausführungen zur Information verweist Frau Dr. Ignatuschtschenko kritisch auf die unzureichende Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleister KID und dessen wenig lösungsorientierte Haltung.

Im Weiteren legt sie dar, dass das System Zoom gut in der Verwaltung genutzt werde. Dieses System könnte zwar für die Durchführung von Stadtratssitzungen genutzt werden, sei z.Z. jedoch nicht zu empfehlen. Begründend informiert sie über Kontakte zur Stadt Halle und die hier erfolgte Auswertung der ersten per Videokonferenz durchgeführten Stadtratssitzung. Die negativen Erfahrungen lassen den Schluss ziehen, dass eine derartige Verfahrensweise nicht zu empfehlen ist. Für die Durchführung von Fraktionssitzungen bzw. auch Ausschusssitzungen sei das System jedoch geeignet.

Der Oberbürgermeister macht zudem darauf aufmerksam, dass zur Darstellung der 56 Stadträtinnen und Stadträte kein von der Größe her geeigneter Bildschirm zur Verfügung steht.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf in jüngerer Zeit durchgeführten Parteitage großer Parteien per Videokonferenz und unterbreitet den Vorschlag hier nachzufragen, wie diese technisch umgesetzt wurden. Vielleicht gebe es eine Lösung, die auch für den Stadtrat umsetzbar ist.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich gegen die Durchführung von Hybridsitzungen aus. Diesbezügliche Erfahrungen aus dem Landtag zeigen, dass mit dieser Sitzungsform keine gleichwertige Beratung möglich ist.

Er unterbreitet den Vorschlag, zunächst mit den Mitgliedern des Ausschusses StBV zu reden, testweise die Ausschusssitzung als Videokonferenz durchzuführen.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, unterstützt den Vorschlag hinsichtlich der probeweisen Durchführung von Online-Sitzungen, befürwortet jedoch Hybridsitzungen.

Der Oberbürgermeister wirft die Frage auf, ob ein entsprechender Beschluss des Stadtrates erforderlich ist, um die Sitzungen als Videokonferenzen durchzuführen.

Hierzu macht Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, darauf aufmerksam, dass für die Durchführung einer Videokonferenz des Stadtrates die Herstellung des Einvernehmens zwischen dem Stadtratsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister ausreichend ist.

Die Information wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

## 7. Verschiedenes

---

### 7.1. Feuerwehr Prester

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz informiert über eine Vor-Ort-Begehung und das Vorliegen von 140 Mängeln am Feuerwehrhaus. Er kritisiert, dass es bisher keine Bewegung gab, hier eine Änderung vorzunehmen. Stadtrat Zander vertritt die Auffassung, dass endlich eine Klärung erfolgen muss.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass bei Vorliegen echter Mängel diese in einem Übergabeprotokoll festgehalten werden müssen. Er sagt zu, eine entsprechende Klärung mit dem Leiter des Eigenbetriebes KGM Herrn Reum vorzunehmen.

### 7.2. Rücktrittserklärung des Oberbürgermeisters

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, nimmt Bezug auf den heutigen Artikel der „Volksstimme“ hinsichtlich der Rücktrittserklärung und wirft die Frage auf, ob es bald Neuwahlen geben wird.

Hierzu erklärt der Oberbürgermeister, die Frage nicht beantworten zu können. Er verweist auf die richtige Darstellung in der „Volksstimme“ zum Verfahren. So müsse durch den Stadtrat ein entsprechender Beschluss gefasst werden, wenn er persönlich den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand gestellt hat. Der Stadtrat müsse zustimmen und dann festlegen, wann eine Wahl stattfindet. Insbesondere merkt er an, dass es, solange er diesen Antrag nicht gestellt hat, auch kein Verfahren gibt.

### 7.3. Strukturelle Veränderungen

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, informiert über seine Feststellung, dass sowohl das Rechtsamt (Amt 30) als auch das Amt für Statistik, Wahlen und Digitalisierung (Amt 12) dem Oberbürgermeister jetzt direkt unterstellt sind. Er hält es für angemessen, dass der Verwaltungsausschuss entsprechend informiert wird.

Hinsichtlich der Zuordnung des Amtes 12 verweist der Oberbürgermeister auf einen im Stadtrat beschlossenen Änderungsantrag bzgl. des Stellenplanes, in dessen Umsetzung das Amt 12 ihm bereits seit 01. 01. 2021 unterstellt ist.

Im Weiteren geht er auf geführte Gespräche zwischen dem IT-Dienstleister KID, dem Leiter des Amtes 12 sowie dem Bürgermeister ein. Gegenstand der Gespräche war die Frage, welche Rolle die KID bei der Digitalisierung einnimmt. Er merkt an, dass die erforderliche Strategie zur Digitalisierung, auch im Zusammenhang mit den Schulen, durch die Stadt erarbeitet werden muss. Deshalb erfolgte die Zuordnung des Amtes 12 sowie die Entsendung des Amtsleiters in den Aufsichtsrat der KID.

Bezüglich der Zuordnung des Amtes 30 verweist er auf seine Entscheidungshoheit. Insbesondere merkt er an, dass diese Zuordnung auch mit derzeitigen Rechtsanwaltschaftsschreiben an ihn im Zusammenhang steht, für die er rechtliche Beratung benötigt.

### 7.4. Schnelltests

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, führt aus, dass für die Zurverfügungstellung von Schnelltests für den Stadtrat das BOB zuständig ist, aber nicht für die Ausschüsse. Dies habe zu Irritationen geführt. Er wirft die Frage auf, wie eine zukünftige Regelung aussehen soll.

Mit Hinweis auf geführte Debatten verweist der Oberbürgermeister auf die Auffassung der Bundesregierung, dass diese Schnelltests nur durch Fachleute durchgeführt werden dürfen. Nach seiner Meinung, ist dies nicht erforderlich, jedoch differenziere die Regierung zwischen Schnell- und Selbsttests. Er empfehle jedoch die Anwendung der Schnelltests und hält diese für sinnvoll.

Der Oberbürgermeister führt aus, auch den Beigeordneten die Empfehlung zu geben, Schnelltests für die Fachausschüsse zu ordern. Ebenfalls werde organisiert, dass die Fraktionen ausreichend diese Tests erhalten.

Zum Hinweis des Stadtrates Kumpf, Fraktion AfD, dass auch die s.g. „Gurgeltests, organisiert werden könnten, informiert der Oberbürgermeister, dass aus medizinischer Sicht deren Wirkungsweise nicht erwiesen ist.

### 7.5. Homeoffice

Auf Nachfrage des Stadtrates Kumpf, Fraktion AfD, ob Mitarbeiter\*innen der Verwaltung im Homeoffice über deren üblichen Telefonnummern zu erreichen sind, informiert die anwesende Leiterin des FB01 Frau Mittendorf über die Festlegung, dass die Erreichbarkeit gesichert sein muss, ggf. auch über Rufumleitung. Wenn hier Probleme festgestellt werden, muss das überprüft werden. Dafür müsse genau benannt werden, wo diese Probleme eingetreten sind.

## 7.6. Vergabe Impftermine

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, kritisiert, trotz intensiver Bemühungen keinen Termin für seine Eltern erhalten zu haben. Die für die Terminvergabe genutzte Software sieht er als verbesserungswürdig an. Er hinterfragt die Möglichkeit, Termine für einige Minuten zu blockieren, damit ausreichend Zeit vorhanden ist, alle erforderlichen Daten eingeben zu können. Auch fragt er an, ob die Möglichkeit für eine telefonische Terminvergabe besteht.

In seiner Beantwortung macht der Oberbürgermeister erläuternde Ausführungen zum Verfahren der Terminvergabe. Er informiert, dass am Montag in Schichten gearbeitet wird, um Termine schneller abarbeiten zu können. Dennoch komme das Impfzentrum bald an seine Grenzen. Deshalb werde von ihm auch die Einbeziehung von Hausärzten als gut angesehen. Für ihn mache es Sinn, ein logistisches System zu entwickeln, wie der Impfstoff in die Arztpraxen gebracht werden kann.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister, dass bisher 12.000 Erstimpfungen bei den insgesamt 18.000 über 80jährigen erfolgten. Positiv zu verzeichnen sei auch, dass derzeit keine Infektionsfälle mehr in Pflegeheimen aufgetreten sind und auch keine Todesfälle. Dies zeige, dass es der richtige Weg war, zuerst die älteren und schwerkranken Personen zu impfen. Als richtig sieht er auch die Impfungen von Lehrer\*innen an.

## 7.7. Digitalisierung der Verwaltung

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, nimmt Bezug auf ein im Februar durchgeführtes Online-Meeting und kritisiert, dass der Vertreter des Amtes 61 über keine Kamera verfügte.

Der Oberbürgermeister sagt hier eine Klärung zu und bittet um die Benennung der betreffenden Person.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin